top agrar online

Wasserkraft

Wasserkraftbranche wehrt sich gegen „einseitige Umweltpolitik“ PLUS

Betreiber von Wasserkraftwerken in Hessen und Bayern kritisieren die „überzogenen Umweltauflagen“, die der Natur nicht helfen, aber der Energiewende schaden würden.

24.08.2020 von Hinrich Neumann

Wasserkraft in Hessen: Engelmanns Mühle in Weilburg. (Bildquelle: Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke)

Hohe Umweltauflagen und insbesondere der hessische „Mindestwassererlass“ führen nach Ansicht von hessischen Wasserkraftwerksverbänden zu einer existenzbedrohenden Lage Kraftwerke in Hessen. Durch den neuen Erlass wird

das an den Anlagen vorbeizuleitende Mindestwasser gegenüber der alten Regelung um das bis zu Dreifache und mehr erhöht. Dieses Wasser steht den Anlagen nicht mehr zur Energieerzeugung zur Verfügung. Im Mittel der Anlagen in Hessen werde die Stromerzeugung so um mehr als 20% reduziert, in einzelnen Fällen seien es sogar über 50%, beklagen die Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke, die Interessengemeinschaft Wasserkraft Fulda/Rhön und der Hessische Landesverein zur Erhaltung und Nutzung von Mühlen.

Viele Anlagen vor der Stilllegung

Rund 90 % der 621 Wasserkraftanlagen in Hessen sind betroffen, viele der Anlagen könnten nicht mehr kostendeckend betrieben und müssten stillgelegt werden. „Bei weiterer Umsetzung des Mindestwassererlasses durch die hessische Ministerialbürokratie sind rund 70% der Anlagen in Hessen in ihrer Existenz bedroht. Die wertvollste, weil sauberste und stetig verfügbare, erneuerbare Energieerzeugung sowie jahrhundertealte, vielfach seit Generationen in Familienhand betriebene Wassermühlen werden vernichtet“ erklärt Dr. Helge Beyer, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke (AHW).

Die Auswirkungen der hessischen Umweltpolitik werden an den Bächen und Oberläufen der Flüsse wie in der hessischen Rhön besonders spürbar. Dort drohen durch die weitere Umsetzung des Mindestwassererlasses viele der Anlagen über Monate stillzustehen. „Das Wasser rauscht dann ungenutzt an den Anlagen vorbei und das mit einem mehr als zweifelhaften Nutzen für Fische und Ökologie, werden doch gerade einmal 1,2% der hessischen Fließgewässerstrecken durch den Mindestwassererlass aufgewertet“, kritisiert Manfred Hempe, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Wasserkraft Fulda/Rhön.

Protestaktionen geplant

Unter dem Motto „Wasserkraft muss bleiben – stoppt die einseitige Umweltpolitik!“ will die Wasserkraftbranche mit einer breit angelegten,

hessenweiten Banneraktion auf den Mühlen auf die Missstände hinweisen. In den nächsten Wochen sind weitere Aktionen geplant, wie etwa regionale Pressegespräche, die Durchführung von Anlagenbesichtigungen, Gespräche mit Politikern und Vertretern der Verwaltung und vieles mehr. Eine speziell eingerichtete Aktionsseite auf der AHW-Homepage (www.wasserkraft-in-hessen.de) unterstützt zudem durch vielfältige Informationen und Fakten zu den Hintergründen und Zielen der Kampagne. „Was wir brauchen, ist eine an den individuellen, standörtlichen Verhältnissen ausgerichteten Regelung, die den tatsächlichen Erfordernissen vor Ort gerecht wird.“ fordert Dr. Ronald Steinhoff, stellvertretender AHW-Vorsitzender. Die Festlegung des Mindestwassers sei zukünftig mit sehr viel mehr Augenmaß vorzunehmen.

Kritik an neuer WWF-Studie

Proteste gibt es auch im Nachbarland: Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) üben scharfe Kritik an der neuen WWF-Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. „Wir sind fassungslos ob der einseitigen Darstellung und der pauschalen Schuldzuweisung durch den WWF", kommentiert VWB-Vorsitzender Fritz Schweiger. Der Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern wurde am Mittwoch, 19. August 2020, der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Basis dieser Studie fordert der WWF den Stopp des Neubaus von Wasserkraftwerken und den Rückbau bestehender Anlagen. „Diese Forderung basiert nicht nur auf falschen Ausgangsvoraussetzungen und Interpretationen, es ist auch eine sehr kurzsichtige Forderung mit Blick auf den Naturschutz in Zeiten des Klimawandels“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des LVBW. „Energieerzeugung aus Wasserkraft ist eine notwendige Säule des Klimaschutzes und sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere - auch für Fische - langfristig erhalten bleiben.“

Einseitige Schuldzuweisung

Laut Lang gäbe es sehr viele, unterschiedliche Umgebungsbedingungen, die einen negativen Einfluss auf die Wasserqualität hätten. Als Beispiele nennt er die Begradigung von Flüssen, das Eintragen von diffusen Stoffen, Ausleitungen

aus Kläranlagen und Reifenabrieb auf Straßen, die in Gewässer geschwemmt werden. „Und nicht zuletzt verunreinigt und verstopft der Wohlstandsmüll, der achtlos weggeworfen wird, die Flüsse. Man macht es sich sehr einfach, wenn man einfach nur den Wasserkraftanlagen die Schuld für alle Defizite in die Schuhe schiebt", resümiert er.

Zudem wurden kaum neue Anlagen im Zuge der Energiewende gebaut. Wenn sich die Zustände der Flüsse in den vergangenen Jahren, wie vom WWF konstatiert, deutlich verschlechtert haben, so könne es kaum an diesen bis zu 100 Jahren bestehenden Anlagen liegen. Denn im Jahr 1920 gab es noch rund dreimal so viele Wasserkraftanlagen wie heute.

Sichere Stromproduktion

Der WWF kritisiert weiterhin den geplanten Ausbau der Wasserkraftleistung angesichts des Stromertrags. „Gerade einmal 1,5 % des bayerischen Stroms werden derzeit von den rund 4000 Kleinwasserkraftwerken unter 1MW Leistung erzeugt", schreibt der WWF in der Pressemitteilung. „Die sogenannte Kleine Wasserkraft wird gern klein geredet - zu Unrecht“, kommentiert Fritz Schweiger (VWB). „Immerhin erzeugen die Anlagen über eine Milliarde Kilowattstunden Strom im Jahr. Damit kann rechnerisch der Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz gedeckt werden. Darüber hinaus ist Strom aus Wasserkraftanlagen CO_2-frei, er wird regional erzeugt und vermeidet damit Energieverluste und trägt zur Stabilisierung örtlicher öffentlicher Stromversorgungsnetze bei.“